

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und Verlagsstellen entgegen. — Erscheint werktäglich, fernsprech-Anschluß Nr. 55.

Regierungspreis für den Reichsdruck. Preis für den Reichsdruck. Preis für den Reichsdruck.

Erzgebirger Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 247

Donnerstag, den 20. Oktober 1932

27. Jahrgang

Die Erhöhung der sozialen Leistungen

Der Inhalt der Verordnung

Berlin, 19. Okt. Die Verordnung bringt in erster Linie eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den bevorstehenden Winter. Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis 1. April 1933 Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen 1 bis 6 mit mindestens einem zuschlagsberechtigten Familienangehörigen unterstützungsberechtigt sind, erhalten eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterschied nach Lohn und Ortsklassen, für je sechs Unterstühtungstage bei Arbeitslosen mit 1 bis 2 zuschlagsberechtigten Angehörigen 2 RM., bei 3 oder 4 Angehörigen 3 RM. und bei mehr als 4 Angehörigen 4 RM.

Rünftig werden alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder Ortsklasse A zugeteilt. In allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig so viel, wie sie bisher in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug.

In der Krankenversicherung läßt die neue Verordnung im beschränkten Umfange Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Ueberschreitung des Höchstbetrages wieder zu.

Ferner sieht die neue Verordnung Milderung hinsichtlich der Kriegsoffizierrenten vor. In der Rentenversorgung wird die Wiedergewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen.

Ein neues Gesetz gegen Autodiebstähle

Berlin, 18. Oktober. Auf dem Vortragsabend der Vereinigung kraftfahrender Journalisten (V.F.J.) sprach nach Amtsgerichtsrat Ties Reichsjustizminister Dr. Gärtnner, der mit Nachdruck betonte, daß in Deutschland ein dringendes Bedürfnis nach einer Neuregelung der Strafbestimmungen für Autodiebstähle vorliege. Im neuen Entwurf des Strafgesetzbuches sei eine Bestimmung vorgesehen, in der aber nur von dauerndem Entzug fremden Eigentums die Rede sei, während es sich ja bei dem Gebrauchsdiebstahl um eine vorübergehende Entziehung handle. Das Reichsjustizministerium habe daher dem Kabinett den Vorschlag gemacht, im Wege der Notverordnung — ein anderer sei zurzeit nicht möglich — eine Strafbestimmung zu schaffen, um dieses Problem der Autoentwendung leicht und befriedigend zu lösen. Aus dem Inhalt der Verordnung, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werde, hob der Minister hervor, daß, wer Kraftfahrzeuge oder Fahrräder gegen den Willen des Besitzenden in Gebrauch nehme, sich strafbar mache. Da auch der Versuch strafbar sei, werde man schon das Anfordern eines Wagens als einen strafbaren Vorgang bezeichnen können. Die Bestimmung sei auch auf Fahrräder und Motorboots ausgedehnt worden. Die Verfolgung solcher Vergehen soll nur auf Antrag erfolgen. Die Strafandrohung betrage ein Fünftel dessen, was in der ausländischen Gesetzgebung bisher festgelegt sei.

Die deutsche Kontingentierungsdelegation in Paris eingetroffen

Paris, 18. Okt. Die deutsche Delegation, die über die Kontingentierungen mit der italienischen Regierung verhandelt hat, ist heute in Paris eingetroffen, um auch hier Besprechungen über die Kontingentierungsfrage einzuleiten. Die Besprechungen mit der französischen Regierung werden morgen beginnen.

Bier-Mächte-Konferenz nach der Reichstagswahl?

Berlin, 18. Oktober. Der gestern erfolgte Versuch MacDonalds, Deutschland durch formelle Einladung zu einer formellen Antwort zu bewegen, hat dazu geführt, daß die Reichsregierung, wie zu erwarten, an ihrer ablehnenden Stellungnahme gegenüber dem Vorschlag, sich in Genf zu versammeln, festhält. Damit ist wohl die erste Phase der Vorbereitungen für die Vorkonferenz abgeschlossen, negativ abgeschlossen, so daß also in diesem Monat mit einer Biererkonferenz nicht mehr zu rechnen ist. Die nächsten Bemühungen werden einer Rosenberkonferenz gelten.

Es kann wohl angenommen werden, daß man bei der zeitlichen Entwicklung, die die diplomatischen Vorgespräche genommen haben, nunmehr die deutschen Reichstagswahlen abwarten wird, ehe man die diplomatischen Gespräche offiziell wieder aufnimmt. Das würde praktisch einer Vertagung der Biererkonferenz um wenigstens vier weitere Wochen gleichkommen. Vor Mitte November wäre also kaum mit einer Fortführung der englischen Vermittlungsbaktion zu rechnen.

Rücktritt des belgischen Kabinetts

Brüssel, 18. Okt. Das gesamte Kabinett ist heute zurückgetreten. Ministerpräsident Renkin wird morgen dem König die Demission unterbreiten.

MacDonald Vorsitzender der Weltwirtschaftskonferenz

London, 18. Okt. Im Unterhaus teilte Premierminister MacDonald mit, daß er ersucht worden sei, den Vorsitz der Weltwirtschaftskonferenz zu übernehmen. Er werde das Ersuchen annehmen.

Schüsse auf Flugblattverteiler

Essen, 18. Okt. Zwei Angehörige der „Eisernen Front“, die im Osten der Stadt Flugblätter verteilten, wurden heute abend aus einer Gruppe politischer Gegner heraus beschossen. Der 22 Jahre alte August Hannig wurde durch einen Bauchschuß so schwer verletzt, daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Zwei Nationalsozialisten wurden festgenommen. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 300 RM. ausgesetzt worden.

Die Sprengstoffanschläge in Schlessen

Kastbefehl gegen SA-Oberführer

Breslau, 18. Okt. Gegen den Oberführer der SA-Untergruppe Mittelschlesien-Süd, von Obernitz, und seinen Abteilungen, den Grafen Spretti, ist im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen im Kreis Nimptsch Kastbefehl erlassen worden. Beide werden fluchtartig gesucht. Die Ermittlungen haben ferner zur Festnahme eines SA-Mannes aus Reichensbach geführt.

„Ich werde mich mit jedem verbänden . . .“

Rede Hilters in Königsberg

Königsberg, 18. Okt. Von Tilsit kommend, sprach Hiter heute abend Adolf Hitler im dichtgedrängten Hause der Technil. Hitler begründete zunächst nochmals seine Haltung am 18. August und übte vor allem Kritik an der Wirtschaftsverordnung der Regierung. Wenn ich am 18. August, erklärte er u. a., es ablehnte, die Verantwort-

tung für eine solche Maßnahme mit zu übernehmen, dann geschah es aus der Ueberzeugung heraus, daß eine Bewegung von 14 Millionen Menschen nicht wie ein einzelner Mann heute so, morgen so entscheiden könne. Wonach ich strebe, betonte Hitler an einer anderen Stelle seiner Rede, ist die Macht und nicht ein Titel. Ich brauche keine staatlichen Bezüge. Ich verzichte von vornherein für alle Zukunft auf jedes staatliche Gehalt. Ich will nur die Macht. Wenn wir einmal die Macht bekommen, dann werden wir sie, so wahr Gott helfe, behalten. Begonnen haben wir sie uns dann nicht mehr. Als ich vor 13 Jahren die Arbeit an meiner Partei begann, waren es sieben Mann, heute sind es fast 14 Millionen. Was heißt es da, ob eine Veränderung ein Jahr früher oder später eintritt! Hauptsache ist, daß sie überhaupt nur kommt. Ich werde mich mit jedem verbänden, wenn ich nur weiß, daß ich die Führung habe. In diesem Deutschland kann uns dann niemand den Weg versperren.

Braun und Hirtfelder vor dem Untersuchungsausschuß

Berlin, 18. Okt. Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages führte der frühere preussische Finanzminister Klepper aus, über das Geschäft der Preußenkasse mit der Admonischen Volkszeitung habe zunächst eine Besprechung zwischen ihm und Minister Hirtfelder stattgefunden. Es sei davon gesprochen worden, daß der Verleger in Adm eine Kapitalerweiterung notwendig habe, daß es aber schwierig sei, die Mittel zu beschaffen und daß die Gefahr einer Beteiligung ausländischen Kapitals bestehe. Auf die Frage Hirtfelders nach einer Beteiligung der Preußenkasse habe er geantwortet, er halte es bei der politischen Bedeutung der Angelegenheit für richtig, diese Frage nur im Einvernehmen mit dem Ministerialpräsidenten und dem Finanzminister zu entscheiden. Mit diesen Herren hätten dann Besprechungen stattgefunden und das Ergebnis sei die Durchführung der Transaktion gewesen.

Auf den Hinweis des Vorsitzenden auf die Vorschriften über den Geschäftsbereich der Preußenkasse erwiderte Klepper, es sei ständige Praxis gewesen, daß solche Geschäfte, die nur mittelbar oder überhaupt nicht mit dem Zweck des Institutes zusammenhängen, aber im Interesse des Staates durchgeführt werden sollten, dann durchgeführt werden könnten, wenn es mit Zustimmung der Staatsregierung gesehe. Auf weitere Fragen erklärte Klepper, daß von Zahlungsschwierigkeiten der Admonischen Volkszeitung keine Rede war. Der Ankauf von Germano-Werten im Werte von etwa 100 000 RM. aus dem Besitz der Admonischen Volkszeitung sei aus denselben Gründen erfolgt, die dann zur Beteiligung an der Admonischen Volkszeitung geführt hätten.

Besonders beachtlich war es, daß er auf die Frage, ob von der Preußenkasse auch finanzielle Mittel für die letzte Reichspräsidentenwahl gegeben worden seien, aus außenpolitischen und allgemeinpolitischen Gründen die Auskunft verweigerte.

Dann erschien Minister Braun als Zeuge vor dem Ausschuß. Er bekräftigte, der Finanzminister Hirtfelder-Klepper habe ihn gefragt, ob er Bedenken gegen die Hergabe des Geldes an die „Admonische Volkszeitung“ habe. Er habe darauf erwidert, er habe gar keine Bedenken, es wäre im Gegenteil aus staats- und gegenpolitischen Gründen sehr erwünscht, diese Zeitung zu unterstützen. In welcher Weise das Geschäft durchgeführt worden sei, darum habe er sich nicht gekümmert.

Auch die Frage, ob die Preußenkasse besugt war, ein solches Geschäft zu machen, erklärte Braun für eine Angelegenheit des Ressortministers. Er selbst habe nur die politische Seite der Angelegenheit zu prüfen gehabt. Im übrigen hätte ja die Preußenkasse so viele Millionen an Uralseff und andere Schieber gegeben, daß ihm gar nicht der Gedanke gekommen sei, sie Wante etwa nicht besugt sein, ein so einwandfreies Geschäft zu machen. Auf die Frage eines Nationalsozialisten, wer denn die rechtliche Verantwortung für das Geschäft trage, erwiderte Braun: Das zu entscheiden, überlasse ich den Rechtsgelehrten. Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung erklärte er: Es ist nicht meine Aufgabe, Geschäfte zu prüfen. Ich gebe die politischen Richtlinien für die Staatsführung. Auf die Frage eines Kommunisten, ob im Frühjahr 1932 Staatsgelder an den Gereke-Ausschuß für die Präsidentschaftswahl gegeben worden seien, erwiderte Braun: Wenn ich etwas davon wüßte, würde ich darüber keine Auskunft geben. und zwar aus staatspolitischen Gründen.

Der Vorsitzende bringt ferner noch die deutchnationale Anfrage wegen der Kreditgewährung an die „Admonische Volkszeitung“ im preussischen Landtag und ihre Beantwortung durch die damalige Regierung zur Sprache und fragte den Zeugen, ob er selbst eine solche Antwort gegeben haben würde, wenn er dafür verantwortlich gewesen wäre. Ministerpräsident Braun antwortete unter großer Heiterkeit: Ich bin Gott sei Dank nicht Finanzminister gewesen. Auf die Frage eines Nationalsozialisten, ob es auch zu den politischen Richtlinien des Ministerpräsidenten gehöre, Gelder für eine Zeitung herzugeben, während in Not beständige Wirtschaftsbetriebe kein Geld bekommen hätten, antwortete Braun mit erhobener Stimme: Ich bin hier, um über Tatsachen Auskunft zu geben. Ueber politische Zweckmäßigkeitsfragen können wir unten im Parlament diskutieren, wenn ich wieder so weit bin.

Als letzter Zeuge wurde Minister Hirtfelder vernommen, der für den Kredit an die „Admonische Volkszeitung“ grenzpolitische Gründe als maßgebend erklärte. Man habe die Befürchtung haben müssen, daß in dem Blatt ausländisches Geld angelegt werde. Auf den Hinweis eines Nationalsozialisten, daß man das Geschäft doch überklebert habe, erwiderte Minister Hirtfelder: